



Europäischer Wirtschafts-
und Sozialausschuss

STELLUNGNAHME

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2022

Empfehlung für eine Empfehlung des Rates zur Wirtschaftspolitik des Euro-
Währungsgebiets
[COM(2021) 742 final]

ECO/568

Berichterstatter: **Juraj SIPKO**

DE

www.eesc.europa.eu

| | |
|--|---|
| Befassung | Europäische Kommission, 07/01/2022 |
| Rechtsgrundlage | Artikel 304 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union |
| Zuständige Fachgruppe | Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt |
| Annahme in der Fachgruppe | 14/12/2021 |
| Verabschiedung im Plenum | 19/01/2022 |
| Plenartagung Nr. | 566 |
| Ergebnis der Abstimmung | |
| (Ja-Stimmen/Nein-Stimmen/Enthaltungen) | 229/2/10 |

1. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

- 1.1 Die aktuelle wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Ländern des Euro-Währungsgebiets ist aufgrund der unkontrollierten und raschen Ausbreitung von COVID-19 mit einem hohen Maß an Unsicherheit verbunden. Daher begrüßt der EWSA das jüngste Dokument der Europäischen Kommission zur volkswirtschaftlichen Entwicklung der EU-Mitgliedstaaten und die Analyse der Auswirkungen auf den Governance-Prozess¹. Gleichzeitig verweist er auf die historische Chance, auf dem Weg zu einem komplexen, aber angesichts der aktuellen Entwicklungen auch notwendigen gesamtgesellschaftlichen Wandel unverzüglich angemessene wirksame und effiziente politische Maßnahmen anzunehmen und konsequent umzusetzen.
- 1.2 Eine der größten Herausforderungen in Bezug auf die internen makroökonomischen Ungleichgewichte ist die schrittweise Konsolidierung der öffentlichen Finanzen. Der EWSA ist der Auffassung, dass der derzeitige Rechtsrahmen, den der geltende Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgibt, nicht mehr den derzeitigen Bedingungen entspricht. Er betont daher die dringende Notwendigkeit einer angemessenen und konsensfähigen Überarbeitung der Haushaltsregeln² des Rechtsrahmens mit Blick auf dessen Vereinfachung und Monitoring.
- 1.3 Der EWSA verweist auf die COVID-19-Pandemie, die ausbrach, als die meisten Länder dabei waren, ihr makroökonomisches Ungleichgewicht zu korrigieren. Durch die Pandemie wurde der Abbau der Schuldenstandsquoten unterbrochen, während die Immobilienpreise anzogen, was auf eine allgemeine Verschlechterung der makroökonomischen Bedingungen hindeutet. Außerdem weist der EWSA auf das größte außenwirtschaftliche Ungleichgewicht hin, das sich im Eurosystem TARGET2 widerspiegelt³. Die Unterschiede zwischen den Staaten waren seit der Schaffung des Systems noch nie so groß.
- 1.4 Der EWSA beobachtet ein starkes Anziehen der Inflation seit Anfang 2021. Dieser Anstieg nach Jahren niedriger Inflation hängt vor allem mit den stark steigenden Energiepreisen von ihren historischen Tiefständen während der Pandemie, mit der Unterbrechung der Wertschöpfungsketten und dem Anstieg der Transportkosten zusammen. Er ist der Ansicht, dass die derzeitige hohe Inflationsrate auf Faktoren zurückzuführen ist, die mit der Pandemie und der Wiederaufkurbelung der Wirtschaftstätigkeit zusammenhängen und vorübergehender Natur sind. Es ist davon auszugehen, dass sich die Preisentwicklung in den Jahren 2022 und 2023 abschwächt und die Inflationsrate wieder auf den früheren Durchschnitt zurückgeht.
- 1.5 Die Vollendung der Finanzunion ist eine Voraussetzung für eine gut funktionierende Europäische Währungsunion. Trotz der Fortschritte beim Aufbau der Bankenunion betont der EWSA, dass die Annahme und rasche Verabschiedung weiterer Schritte das Gebot der Stunde ist. Die Fragmentierung der Kapitalmärkte in den Mitgliedstaaten erschwert es den Unternehmen, im Rahmen der Kapitalmarktunion an Finanzmittel auf dem Kapitalbinnenmarkt zu gelangen. Daher sind weitere Fortschritte bei der Vollendung der Kapitalmarktunion erforderlich.

1 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5321.

2 <https://www.ft.com/content/f3377da4-2ec6-4edb-b9b8-6a5af22bc2a2>.

3 https://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/target_balances/html/index.en.html.

- 1.6 Der EWSA beobachtet sorgfältig die zunehmende Divergenz zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch innerhalb der EU und der Länder des Euro-Währungsgebiets. Er unterstützt daher die Annahme eines Bündels wirtschaftspolitischer Maßnahmen, mit denen die im Inland verfügbaren öffentlichen und privaten Ressourcen effizient genutzt werden, einschließlich der durch das Aufbauinstrument NextGenerationEU und die Aufbau- und Resilienzfazilität bereitgestellten Finanzmittel. Eine effiziente und umsichtige Verwendung dieser Mittel könnte zur Aussetzung und später zur Wiederaufnahme des Konvergenzprozesses führen.
- 1.7 Der EWSA blickt mit Sorge auf die zunehmende soziale Instabilität. Da nach der Weltfinanzkrise keine ausreichenden Maßnahmen gegen die zunehmende Ungleichheit und die Verarmung ergriffen und umgesetzt wurden, hat COVID-19 Ungleichheiten und Verarmung weiter verschärft. Demnach gilt es in der heutigen Lage – und auch im Zusammenhang mit den Zielen für die nachhaltige Entwicklung –, geeignete Ungleichheits- und Armutssindikatoren zu entwickeln, die freilich auch zu überwachen sind.
- 1.8 Die größte existenzielle Bedrohung für den Fortbestand des Lebens auf unserem Planeten ist die beispiellose Verschlechterung des Klimas bzw. der Klimawandel. Der EWSA fordert die umgehende Annahme und Umsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels, wozu auch die Entwicklung von Basisindikatoren zur Messung der sozioökonomischen Folgen der Krise gehört. Weiterhin warnt der EWSA davor, dass sich die negativen Folgen der Klimakrise nicht nur erheblich auf die makroökonomische Stabilität (Kostensteigerungen, steigende Preise aufgrund von Dürren), sondern auch auf die Finanzstabilität, insbesondere im Versicherungswesen⁴, und auf die soziale Stabilität auswirken werden.
- 1.9 Der technische Fortschritt führt zu einer raschen Digitalisierung und treibt Finanzinnovationen voran. Der EWSA begrüßt den Beschluss der EZB und der Europäischen Kommission, eine Debatte über die Einführung eines digitalen Euro einzuleiten. Die Einführung eines digitalen Euro kann den Menschen und Unternehmern des Euro-Währungsgebiets in Anbetracht aller Vorteile potenziell von Nutzen sein.
- 1.10 Unter anderem dank aller nach der globalen Finanzkrise ergriffenen und umgesetzten Maßnahmen präsentiert sich der Bankensektor im Euro-Währungsgebiet bislang in einer relativ stabilen Verfassung. Der EWSA weist jedoch auf mögliche Insolvenzprobleme insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) hin. Eine ungünstige Entwicklung bei KMU-Insolvenzen könnte die finanzielle Stabilität des Finanzsektors und vor allem der Banken erschüttern. Der EWSA fordert daher, stärker über die Einführung der erforderlichen Maßnahmen zur Stabilitätssicherung des Finanzsystems nachdenken.
- 1.11 Der EWSA plädiert dafür, bei der Bewältigung der noch nicht überwundenen und immer noch andauernden COVID-19-Krise Vorsicht walten zu lassen und auf mögliche weitere Viruskrisen vorbereitet zu sein. Eine Politik, die auf eine starke Immunität der Bevölkerung abzielt, schafft die Voraussetzungen für eine Senkung der durch das Infektionsgeschehen bedingten Gesundheitsausgaben und für die Gesundheit aller Arbeitnehmer, die an der Wertschöpfung in der Gesellschaft beteiligt sind.

⁴

<https://www.imf.org/en/News/Seminars/Conferences/2021/11/17/9th-statistical-forum-measuring-climate-change>.

2. Hintergrund

- 2.1 Im Vergleich zur letzten Stellungnahme des EWSA zu wirtschaftspolitischen Fragen im Euro-Währungsgebiet sind die derzeitigen Entwicklungen von hohen Inflationsraten gekennzeichnet, die in erster Linie durch die Energiepreise, vor allem Erdöl und Gas, getrieben werden.
- 2.2 Die Einkaufspreise für Strom und Gas sind seit 2019 um durchschnittlich 429 % (bzw. 230 %) gestiegen⁵. Die Einzelhandelspreise sind mit 14 % (bzw. 7 %) noch nicht so stark gestiegen. Unlängst veröffentlichte kurzfristige Prognosen lassen befürchten, dass die Großhandelspreise bis zum letzten Quartal 2022 weiter steigen werden.
- 2.3 Nach Jahren niedriger Inflationsraten ist die Inflation seit Jahresbeginn stark angestiegen und übertraf dabei immer wieder die Prognosen. Im November lag sie bei 4,9 %⁶. Wesentlicher Treiber der Preiserhöhungen ist der Anstieg der Preise für Rohstoffe, insbesondere für Öl und Gas, von ihren historischen Tiefständen bis auf oder über das Niveau vor der Pandemie. Darüber hinaus gibt es in vielen Teilen der Welt nach wie vor Produktions- und Logistikunterbrechungen, die die Warenpreise in die Höhe treiben, und dies in einer Zeit, in der die Gesamtnachfrage anzieht. Ab Anfang 2022 wird mit einem Rückgang der Inflation gerechnet.
- 2.4 Trotz der ermutigenden Aussicht auf eine Erholung der Realwirtschaft im ersten Halbjahr 2021 ist zu beobachten, dass sich die laufende Erholung aufgrund des raschen Anbrandens der dritten Epidemiewelle komplizierter zu gestalten scheint. Der Kampf gegen COVID-19 ist noch lange nicht beendet und dürfte in der Realwirtschaft möglicherweise noch über Jahre Spuren hinterlassen. Die anhaltenden Probleme aufgrund der Energiepreise und der schwierigen Beschaffung bestimmter, für den Produktionszyklus unabkömmlicher Ausgangsstoffe dämpfen in erheblicher Weise sowohl die Nutzung der Produktionskapazität als auch die Investitionen und den Verbrauch.
- 2.5 Positive Impulse für die Leistungsfähigkeit der Realwirtschaft und die Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit COVID-19 sind von den Finanzierungsinstrumenten im Rahmen von NextGenerationEU zu erwarten. In diesem Zusammenhang werden die laufenden Mittelzuweisungen im Rahmen von REACT-EU, aber auch durch die Aufbau- und Resilienzfazilität, die auf die Erholung, Resilienz und Nachhaltigkeit der einzelnen Volkswirtschaften ausgerichtet ist, im Laufe der Zeit eine sehr positive Wirkung entfalten.
- 2.6 Im Jahr 2020 waren wir Zeugen des stärksten Einbruchs des Wirtschaftswachstums seit Beginn der europäischen Integration. In diesem Jahr wird in den Mitgliedstaaten der EU ein reales Wirtschaftswachstum von rund 5 % erwartet, und für 2022 ist ein realen Wirtschaftswachstum von 4,3 % zu erwarten. 2023 kann dann mit einem realen Wirtschaftswachstum von 2,5 % in den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets gerechnet werden. Wirtschaftsmotor im Jahr 2021

⁵ [COM/2021/660 final](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de_2021_660_en)

⁶ <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11563351/2-29102021-AP-EN.pdf/70e9c60b-8bca-12cc-859e-41af561b5a08#:~:text=Euro%20area%20annual%20inflation%20is.office%20of%20the%20European%20Union>

waren in erster Linie die Konsumausgaben der Privathaushalte, die im zweiten Quartal im Euro-Währungsgebiet 3,5 % erreichten.

- 2.7 Bei der Bewertung der Entwicklung des Wirtschaftswachstums dürfen die bestehenden Risiken nicht übersehen werden. Sie sind mit dem Rückgang des Warenhandels verbunden, bestehen aber auch auf der Nachfrageseite aufgrund der Auswirkungen auf den Produktionsprozess und des Kostenanstiegs im verarbeitenden Gewerbe im Euro-Währungsgebiet. Hinzu kommen die Unterbrechung der globalen Wertschöpfungsketten und die relativ starke Abhängigkeit der verarbeitenden Industrie im Euro-Währungsgebiet von Rohstoffeinfuhren und Mikroprozessoren.
- 2.8 Durch COVID-19 sind die öffentlichen Finanzen stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Nach der Epidemie werden die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets große Anstrengungen unternehmen müssen, um die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren. Im Jahr 2020 wurde ein Defizit von 7,2 % des BIP verbucht; kein Staat konnte einen Haushaltsüberschuss ausweisen. 2021 dürfte das Defizit leicht auf 7,1 % des BIP zurückgehen. Für 2022 ist mit einem deutlicheren Rückgang zu rechnen, der sich 2023 fortsetzen wird. Den Prognosen zufolge soll das Defizit dann auf rund 2,5 % zurückgehen, was ein unvergleichlich höheres Defizit als in Vorpandemiezeiten darstellt (0,6 % des BIP im Jahr 2019).
- 2.9 Die Arbeitsmarktentwicklung geht nach wie vor mit strukturellen Problemen in den einzelnen Ländern des Euro-Währungsgebiets einher. Dennoch ist die Arbeitslosenquote vor allem dank der großflächigen Einführung von Programmen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen relativ niedrig geblieben. Der Arbeitsmarkt leidet aktuell in den meisten Volkswirtschaften des Euro-Währungsgebiets unter einem relativen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Obwohl die Arbeitslosenquote aufgrund von COVID-19 hinter den Befürchtungen zurückbleibt, gibt es auf dem Arbeitsmarkt eine Reihe ungelöster Probleme bezüglich der notwendigen Umschulung, die es gerade auch in einem Übergangsprozess geben muss.
- 2.10 Die EU und das Euro-Währungsgebiet insgesamt verzeichnen Leistungsbilanzüberschüsse, allerdings mit deutlichen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern. Einige Länder weisen in der Leistungsbilanz nach wie vor hohe Überschüsse auf. Auf der anderen Seite verzeichnen Länder mit einem starken grenzüberschreitenden Tourismus im Allgemeinen einen deutlichen Anstieg der Leistungsbilanzdefizite oder einen Rückgang ihrer bescheidenen Überschüsse. Es wird erwartet, dass hier mit der Erholung des Reiseverkehrs allmählich eine Besserung eintreten wird. Bei der Bewertung der Höhe der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Mitgliedstaaten im Euro-Währungsgebiet muss auf den beispiellosen Anstieg der Ungleichgewichte im TARGET2-Zahlungssystem hingewiesen werden, die dieses Jahr einen Höchststand seit der Einführung des Systems erreicht haben⁷.
- 2.11 Angesichts der raschen und unkontrollierbaren Ausbreitung des Virus ist in der jetzigen Lage mit einer nachträglichen Korrektur der vorausgesagten, relativ vielversprechenden Entwicklung des Wirtschaftswachstums zu rechnen. Die momentan eingeführten restriktiven Pandemiebekämpfungsmaßnahmen können zu einer erheblichen Dämpfung des realen

7

<https://sdw.ecb.europa.eu/reports.do?node=1000004859>.

Wirtschaftswachstums, einer Verschlechterung der bereits tiefen Staatsverschuldung einiger Mitgliedstaaten und so zu einer Zunahme von Ungleichheit und Armut führen.

3. Allgemeine Bemerkungen

- 3.1 Der EWSA blickt mit Sorge auf die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, die durch große Unsicherheit gekennzeichnet sind. Zwei negative Faktoren befeuern diese Unsicherheit: die beispiellose Verschuldung der öffentlichen Hand und der Anstieg der Inflation. Durch den Anstieg der Verbraucherpreise verschlechtert sich die soziale Lage der Privathaushalte, und der Lebensstandard sinkt. Da die Schuldenquoten in einigen Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets bereits vor der Krise hoch waren, bedeutet die sich schnell verschlechternde Haushaltslage, dass diese Mitgliedstaaten mittelfristig unbedingt Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung beschließen und umsetzen müssen, sobald die wirtschaftlichen Bedingungen dies zulassen.
- 3.2 Der EWSA begrüßt die schrittweise anlaufende Wiederbelebung der Realwirtschaft. Er unterstützt die Absicht, sowohl öffentliche als auch private Investitionen zu erhöhen. Er begrüßt außerdem, dass es im Zusammenhang mit der Schaffung eines umfassenden europäischen Rahmens von NextGenerationEU Spielräume für eine effiziente Nutzung dieser Mittel eingeräumt werden, um ein echtes qualitatives Wirtschaftswachstum zu unterstützen.
- 3.3 Der EWSA glaubt nicht, dass der Anstieg der Inflation zu einer restriktiven Geldpolitik der EZB führen wird, da die Inflationstreiber offenbar vorübergehender Natur sind und hauptsächlich auf der Angebotsseite ihren Ursprung haben. Der EWSA unterstützt daher, dass die Wirtschaftspolitik auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit, Flexibilität, Autonomie und Funktionalität der strategischen Strukturen ausgerichtet wird, um künftig wiederkehrende symmetrische Schocks bewältigen zu können.
- 3.4 Der EWSA spricht sich für eine grundlegende, historische Veränderung des Systems mit einem Übergang zu einer grünen, digitalen und sozial gerechten Wirtschaft aus. Trotz der Komplexität und der Unvorhersehbarkeit der weiteren Entwicklungen aufgrund von COVID-19 unterstützt der EWSA den europäischen Grünen Deal⁸ und betrachtet ihn als historische Chance für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf dem alten Kontinent. In diesem Zusammenhang unterstützt der EWSA die Akzeptanz und Berücksichtigung aller maßgeblichen Faktoren, um das Leben auf dem Planeten für heutige und künftige Generationen zu erhalten.
- 3.5 Der EWSA fordert dringend die Annahme und Umsetzung von Maßnahmen zur schrittweisen Verringerung der Ungleichheit und Armut in den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets⁹. In diesem Zusammenhang sieht er Spielraum für den Einsatz aller realen Instrumente auf der Einnahmen- und Ausgabenseite, wie etwa der Verringerung kontraproduktiver Ausgaben, der Bekämpfung von Korruption, Schattenwirtschaft und intransparenter Finanztransaktionen, einschließlich einer langfristigen Lösung für das Problem der Steueroasen.

⁸ https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de.

⁹ <https://voxeu.org/article/income-inequality-eu-trends-and-policy-implications>.

- 3.6 Angesichts der Komplexität und Unvorhersehbarkeit der aktuellen Entwicklungen teilt der EWSA die Auffassung, dass einzelne Mitgliedstaaten eine Haushaltspolitik benötigen, die dem Stand der Erholung, der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der Notwendigkeit, die wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Unterschiede zu verringern, Rechnung trägt.
- 3.7 Der EWSA ist sich bewusst, dass die Finanzpolitik im Falle weiterer möglicher Verbreitungswellen und Mutationen des Virus ausreichend aktiv und flexibel sein sollte. In diesem Zusammenhang befürwortet er zusätzliche und notwendige Ausgaben für das Gesundheitswesen bis zur allmählichen Normalisierung der Gesamtsituation.
- 3.8 Zur Bewältigung der derzeitigen komplexen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen empfiehlt der EWSA einen kohärenten Mix an makroökonomischen Maßnahmen. Im Hinblick auf die allgemeine Konjunkturstrategie wird die expansive Geldpolitik in Verbindung mit einer kohärenten expansiven Fiskalpolitik eine wichtige Rolle spielen. Die Annahme und Umsetzung des makroökonomischen Policy-Mix sollte auch mit den Sozialpartnern koordiniert werden.
- 3.9 Der technische Fortschritt bringt Innovationen im Finanzsektor mit sich. Der EWSA begrüßt die ersten Schritte der EZB und der Europäischen Kommission zur Schaffung eines digitalen Euro¹⁰. Bislang wurde noch keine Entscheidung über die Einführung eines digitalen Euro und seine möglichen Gestaltungsmerkmale getroffen. Die Einführung des digitalen Euro könnte für Privathaushalte und Unternehmen schnellere, effizientere und kostengünstigere Zahlungs- und Abrechnungsvorgänge mit sich bringen, doch sollte auch berücksichtigt werden, welche Auswirkungen er z. B. auf die Abrechnungsvorgänge hat. In diesem Zusammenhang könnte auch mit einem Beitrag zur Strategie zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro gerechnet werden.
- 3.10 Der EWSA unterstützt und begrüßt die Aufnahme einer öffentlichen Konsultation bezüglich der Governance der öffentlichen Haushalte. In diesem Kontext gibt es eine Ausrichtung auf: a) einen zeitlichen Abgleich des Prozesses der Haushaltskonsolidierung, b) die Festlegung von Regeln für langfristige Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemiefolgen, aber vor allem für Investitionen in die grüne und digitale Wirtschaft, c) die Vereinfachung der Haushaltsregeln. Der EWSA verweist auf seine verschiedenen Stellungnahmen zur wirtschaftspolitischen Steuerung und insbesondere zu den Haushaltsregeln. In seiner jüngsten Stellungnahme¹¹ fordert der EWSA diesbezüglich die Einführung einer goldenen Regel für öffentliche Investitionen in Verbindung mit einer Ausgabenregel und weist darauf hin, dass sowohl den nationalen Parlamenten als auch dem Europäischen Parlament eine wichtige Rolle im künftigen Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung der EU eingeräumt werden muss. Weiterhin macht sich der EWSA für eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft in das Europäische Semester sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene stark; wünschenswert wären außerdem Leitlinien für einen Übergangszeitraum, in dem das Verfahren bei übermäßigem Defizit nicht eingeleitet werden sollte.

10 https://www.ecb.europa.eu/paym/digital_euro/html/index.de.html.

11 Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zur Neugestaltung des haushaltspolitischen Rahmens der EU für einen nachhaltigen Aufschwung und einen gerechten Übergang (Initiativstellungnahme), [ABI_C 105 vom 4.3.2022, S. 11](#).

4. **Besondere Bemerkungen**

- 4.1 Der EWSA begrüßt, dass sich die Europäische Kommission der derzeitigen ungünstigen Entwicklung der Energiepreise annimmt und kurz- und mittelfristigen Maßnahmen in Anschlag bringen will. Angesichts der unvorhersehbaren Energiepreisentwicklung fordert der EWSA substanziale und systemische Maßnahmen zur Abfederung systemischer, unvorhergesehener externer Schocks; so würden die Voraussetzungen für ein nachhaltiges, stabiles, resilientes und sozial gerechtes Leben für alle Menschen im Euro-Währungsgebiet geschaffen.
- 4.2 Der EWSA begrüßt nachdrücklich eine öffentliche Debatte über die künftige Ausgestaltung der Haushaltsregeln, die von der Europäischen Kommission vorgestellt wurden. Diese seit langem erwartete Initiative kann zu einfachen und gut zu überwachenden Regeln führen, die der derzeitigen Situation an der Schwelle des dritten Jahrzehnts in diesem Jahrhundert gerecht werden. Darüber hinaus weist der EWSA darauf hin, dass der Prozess der schrittweisen Vollendung der Fiskalunion auch mit der Schaffung eines kompletten Systems zur Verwaltung der öffentlichen Finanzen verbunden ist, wozu auch ein „Finanzminister“ gehört.
- 4.3 Der EWSA verfolgt den Klimawandel und die Klimabelange mit großer Besorgnis. In diesem Zusammenhang begrüßt er die Annahme des „Fit für 55“-Pakets, einschließlich des EU-Klimzielplans. Er hält es für wesentlich, Maßnahmen zu ergreifen und umzusetzen, um im Kampf gegen die Klimakrise allgemein anerkannte und akzeptierte Standards festzulegen. Da sich der Handlungsspielraum im Kampf gegen den Klimawandel zusehends verengt und uns die Zeit davonläuft, dringt der EWSA darauf, alle unaufschiebbaren Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels auf den Weg zu bringen. Darüber hinaus nötigt der Klimawandel dazu, sich mit den Auswirkungen auf die makroökonomischen Entwicklungen und deren Folgen – also etwa für die Geld- und Fiskalpolitik einschließlich der finanziellen und sozialen Stabilität – zu befassen.
- 4.4 Der EWSA betont, dass die Finanzunion vollendet werden muss. Trotz der Schritte zur Errichtung der Architektur der Bankenunion¹² bedarf es aller Anstrengung, sie zu vollenden¹³. Darüber hinaus weist der EWSA auf die Notwendigkeit eines wirksamen Funktionierens des Kapitalmarkts in der EU hin. In diesem Zusammenhang sollten die Anstrengungen auf die weitere Vertiefung der Kapitalmarktunion ausgerichtet werden^{14,15}.
- 4.5 Der EWSA unterstützt die Fortsetzung der Maßnahmen zur Eindämmung aggressiver Steuerplanung, zur Bekämpfung von Steuervermeidung und zur wirksamen und gerechten Besteuerung, die zu einer Verringerung der Ungleichheiten in den einzelnen Staaten und zu einer Verringerung der Armut führen können.

12 https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2021/html/ecb.sp210318_1~e2126b2dec.en.html.

13 https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0415_DE.html.

14 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de_ip_21_6251.

15 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_6307.

4.6 Auf dem Weg zu einem erfolgreichen, historischen Wandel hält es der EWSA für äußerst wichtig, bei der Umsetzung der einzelstaatlichen wirtschaftspolitischen Strategien die Wirksamkeit aller beschlossenen und umgesetzten Maßnahmen systematisch zu überwachen und regelmäßig zu bewerten, um günstige Voraussetzungen für ein flexibles Reagieren auf sich verändernde interne Schocks sowie unvorhergesehene systemische externe Schocks zu schaffen.

Brüssel, den 19. Januar 2022

Christa SCHWENG
Präsidentin des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
